

Samstag, 18. April 2020, Offenbach-Post Ostkreis /
Seligenstadt/Hainburg/Mainhausen

NOTIZBUCH DER WOCHE

Dealmaker könnte in Wisconsin baden gehen

VON MICHAEL HOFMANN

Erst vor wenigen Tagen haben wir einen besorgten Blick über den großen Teich geworfen, wollten erfahren, wie es der Seligenstädter Partnerstadt Brookfield in der weltweiten Pandemie ergeht. Wie berichtet, gilt bis 24. April im Staat Wisconsin die Verordnung „Safer at Home“ (Sicherer daheim): Schulen, Unis und nicht notwendige Geschäfte sind zu, nicht zwingende Reisen und Versammlungen von mehr als zehn Menschen verboten. „Wir dürfen raus zum Sport und zum Einkauf von Essen, Medizin und anderen wichtigen Sachen“, berichtete Harry Farchmin von der Brookfield International Friendship Association. Bedingung: Zwei Meter Abstand.

Heute stehen die Freunde in den Staaten erneut im Fokus, wieder aus aktuellem Anlass. Heute aber geht's um Politik, the great Dealerei, um es mal volksnah und despektierlich auszudrücken. Da könnten die Wähler im Bundesstaat Wisconsin, also auch unsere Brookfielder, bei der Präsidentschaftswahl am 3. November eine entscheidende Rolle spielen. Und das kam so: Zur großen Überraschung und Freude der dortigen Demokraten wurde dieser Tage die liberale Richterin Jill Karofsky ins Oberste Gericht (Supreme Court) gewählt und brachte dem favorisierten republikanischen Amtsinhaber Daniel Kelly mit mehr als 120 000 Stimmen Vorsprung eine vernichtende Niederlage bei. Eine Schlappe, die vor allem Dealmaker-Präsident Donald Trump ziemlich sauer aufstoßen könnte. Der hatte sich im Vorfeld (vergeblich) vehement für Kelly eingesetzt. Aus gutem Grund: 2016 hatte Trump zwar in Wisconsin gewonnen (47,2 Prozent), dies aber nur mit 23000 Stimmen Vorsprung vor Hillary Clinton (46,5). Zum Vergleich: Fast 52 Prozent unserer „Brookis“ stimmten für das Duo Trump/Pence, 44 Prozent für Clinton/Kaine. War damals 'ne klare Sache.

Dieser Tage ist nun ein Streit entbrannt über 200000 Wählerstimmen, die die Republikaner aus den Verzeichnissen löschen wollen, weil sich die Leute nicht, wie verlangt, binnen 30 Tagen bei der Wahlbehörde gemeldet haben. Ob diese potenziellen Demokraten-Wähler tatsächlich fortgezogen sind, wie die Republikaner argumentieren, oder eben nicht, das ist die entscheidende Frage, die dem Supreme Court von Wisconsin vorliegt. Und da schließt sich der Kreis. Die neugewählte Richterin könnte, so etwa die Kollegen der FAZ, in diesem Verfahren den Ausschlag und den Demokraten weiter Auftrieb geben. Strategen beider Parteien mutmaßten ohnehin, „dass in Wisconsin der Zweikampf zwischen Trump und (...) Joe Biden entschieden werden könnte“. Die indirekte Wahl über das Wahlkollegium machte es möglich, dass 2016 zum fünften Mal in der Geschichte der USA ein Präsident trotz einer Minderheit an Stimmen ins Amt gewählt wurde. Wisconsin verfügt zwar nur über zehn der zu vergebenden 538 Wahlmännerstimmen (Kalifornien 55!), zählt aber zu den „Battleground States“, den Schlüsselstaaten.